

Solidarität für N24-Beschäftigte

Beate Müller-Gemmeke hat die Resolution des Redaktionsausschusses des Senders N24 unterzeichnet und damit ihre Solidarität mit den rund 300 Beschäftigten des Nachrichtensenders gezeigt. Die Konzernspitze des Senders hatte einen riesigen Sparplan angekündigt und Nachrichten lediglich als „Zuschussgeschäft“ bezeichnet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bangen nun um ihre Arbeitsplätze. Die Qualität des Journalismus muss auch in Krisenzeiten erhalten bleiben!

Die Forderungen des Redaktionsausschusses nach einem quantitativen wie qualitativen Mindestumfang von Nachrichten sind angebracht. Wenn zukünftig die Rundfunksender von privaten Finanzinvestoren abhängig sind, besteht die Gefahr, dass die Nachrichtenredaktionen dem Rotstift als erstes zum Opfer fallen. Zwar soll und darf die Politik dem Rundfunk keine Inhalte vorschreiben, aber sie muss einen Rahmen festlegen, der den Zuschauerinnen und Zuschauern im Ergebnis ein gutes Programm liefert. Wenn Nachrichten nur aus Promi-News bestehen, ist der Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung rudimentär. Deutliche und anspruchsvollere Rahmenbedingungen sind deshalb sinnvoll. Weil dadurch alle Vollprogramme den gleichen „Wettbewerbsbedingungen“ unterliegen, ist es für Rundfunkunternehmen wirtschaftlich vertretbar.

Ein qualitativer Mindestumfang von Nachrichten ist für alle Bürger_Innen wichtig, aber vor allem für jüngere Zuschauerinnen und Zuschauer, die über private Sender mit Nachrichten versorgt werden.

Mit der Unterstützung soll ein Zeichen gegen das Nachrichtensterben im privaten Rundfunk gesetzt werden. Weiteres Infos zur Resolution der N24-Beschäftigte unter:
<http://nachrichtensindwichtig.blogspot.com/>